

Sie denken, COVID-19-Lockdowns waren schlecht? Klima-Lockdowns könnten als nächstes kommen

geschrieben von Andreas Demmig | 25. Februar 2022

Varun Hukeri, Daily Caller News foundation

Als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie führten die Regierungen Lockdowns und andere Einschränkungen mit klaren sozialen und wirtschaftlichen Folgen ein. Aber es gibt immer mehr Anzeichen dafür, dass die Welt in Zukunft weitere Sperrungen erleben könnte – wegen des Klimawandels.

Dreht Berlin jetzt Russland den Gashahn ab?

geschrieben von Admin | 25. Februar 2022

Heute berichtet der bekannte Geostratege, Gas Trading Experte und Regierungsberater Jakob Ihrig posthum über den strategischen Einsatz von Erdgas.

In Folge der politischen Spannungen in der Ukraine erleben wir derzeit eine fieberhafte Shuttlediplomatie. Die Schwergewichte des diplomatischen Corps – wie beispielsweise die aus dem Völkerrecht stammende deutsche Außenministerin – geben sich die Klinken in die Hand, um die Krise zu entspannen. Eine vorrangige Rolle spielen dabei natürlich Sanktionen. Dazu hat der erfolgreiche Kinderbuchautor und derzeit als Minister für Wirtschaft- und Klimaerwärmung eingesetzte Herr H. Beck eine interessante Idee ins Spiel gebracht: *Was passiert, wenn Berlin den Gashahn zudreht?*

Unter diesem Arbeitstitel wurde im Ministerium eine Kommission unter Leitung des für Energiefachfragen zuständigen Staatssekretärs Spaichen ins Leben gerufen. Experten der Opposition hatten zwar darauf hingewiesen, dass man sich aufgrund der vorherrschenden „flow“-Richtung, durch Abriegeln der Gaszufuhr an der deutschen Grenze eher ins eigene Fleisch schneiden würde, dies will H. Beck allerdings nicht gelten lassen. U.a. die von ihm aus verschiedenen Umweltverbänden zusammengestellten Fachexpert*Innengremien sehen dies durchaus differenzierter.

Gasflussrichtung unklar

In Gaspipelines sind unterschiedliche Flussrichtungen möglich, vermutlich nicht zeitgleich aber im zeitlichen Ablauf, so ein von Greenpeace abgeworbener Gasexperte in H.Becks Ministerium. Der Interconnector zwischen dem UK Bacton Hub und Zeebrugge ist ein gutes Beispiel dafür. Je nach Preisdifferenz könne die physiologische Flussrichtung zwischen UK und Kontinentaleuropa jederzeit von Forward auf Reverse Flow umgeschaltet werden. Location Swaps wurden liquide handelbar und beide Gasmärkte praktisch zu einem vereinigt. So etwas sei auch in Richtung Russland möglich. Eine Fachgruppe des Ministeriums hätte ermittelt, dass die Flussrichtung in modernen Gaspipelines im Wesentlichen durch Druckdifferenzen bestimmt wird. Diese Karte will man spielen. Heute wissen wir aber noch zu wenig darüber, in welcher Richtung das Gas an den Übergabepunkten wirklich fließt!

Gaspipelines sind mehr als ein Stück Rohr

Laien stellen sich unter einer Gaspipeline ein simples Rohr vor. Dies ist aber bei weitem zu stark vereinfacht. Gaspipelines sind komplexe Systeme mit Pumpen, Fittings, Reduzier- und Winkelstücken oder Druckerhöhungsstationen. Da gäbe es technische Zusammenhänge wie Rohrquerschnitte, Oberflächenrauigkeiten, Druckgradienten und vor allem, die durch den Klimawandel zunehmende Corioliskraft in den Rohren selbst. Wir stehen da auch erst am Anfang, das System zu verstehen. Vielleicht gelingt uns das aber auch nie. Daher wolle man sich auch nicht voreilig auf eine bestimmte Flussrichtung festlegen. Erst müssen alle Fakten auf den Tisch, so der Ministeriumssprecher.

Strategisch ist Deutschland klar im Vorteil

Damit hat Deutschland -nach Meinung der Berliner Ampel- klar das strategisch bessere Blatt auf der Hand. Wenn wir den Gashahn in Waidhaus zudrehen, gehen auf den Jamalfeldern die Frackingfördertürme aus, dann fließt kein Kelvin Gas mehr Richtung Osten! Da ist sich die frisch gebackene Außenministerin sicher. Sie wolle Gas allerdings nicht als strategische Waffe einsetzen, aber wenn Russland sich weiterhin weigert, Panzer auf klimafreundlichen E-Antrieb oder Wasserstoff umzurüsten, führe kein Weg an Sanktionen vorbei. Das habe man Sergei Lawrow beim letzten Besuch in Moskau klar vermitteln können und sei dabei auf großes Verständnis gestoßen, wie ARD und ZDF übereinstimmend berichteten.

Opposition uneins

Derweil zeichnet sich in Kreisen der Opposition kein klares Bild ab. Wie das deutsche Redaktionsnetzwerk meldet, warte man unter führenden Unionspolitikern zunächst noch auf klare Vorgaben aus dem Konrad-Adenauer-Haus, bevor man mit eigenem Denken einsetzen wolle. Politiker

anderer Parteien halten die Gas-Sache für ausgemachten Unsinn. Schon allein aufgrund der Tatsache, dass Geld von West nach Ost fließe, läge doch die Vermutung nahe, dass Gas genau in die entgegengesetzte Richtung fließen müsse, so ein unwirscher Politiker einer anderen Partei.

Deutsches Ökogas – ein Premiumprodukt mit internationaler Nachfrage

Diesen Thesen widerspricht der Leiter des klimanahen Berliner DIW. Am Beispiel des Stromes konnten wir sehen, wie Preispulleeffekte wirken. Vor wenigen Jahrzehnten war Strom eine billige Ware, die für etwa 10 cent/kWh ohne Struktur aus der Steckdose quoll. Durch die ökologische Veredelung im Rahmen der Energiewende, konnten wir in Deutschland ein äußerst attraktives Produkt mit einer interessanten Signatur im Frequenzgang schaffen. Der Verbraucher fragt dieses Premiumprodukt heute bei Preisen deutlich über 30 cent/kWh in größerem Umfang nach, als den konstant 50Hz Billigstrom vor 20 Jahren. Ähnlich sei es auch beim Gas, das hier viel teurer sei, als in Russland. Aufgrund der ökologischen Veredelung durch Steuern und Abgaben, sei deutsches Gas in Russland zum Statussymbol einer neuen Schicht an klimabewussten Oligarchen geworden. Daher gehe man schon heute davon aus, dass beispielsweise am Übergabehub Frankfurt O. im wesentlichen Reverse Flow nach Osten stattfände.

Deutschland ist Energieexportland

Die deutsche Energiewende produziert einen Exportschlag nach dem anderen: Nach Negativstrom jetzt auch Premium-Gas. Herr Prof Klatschnik vom Berliner Institut für repräsentative Energieerwärmungssysteme ist sich da sicher und zugleich auch etwas stolz auf das Erreichte. Man darf nur den Glauben nicht verlieren. Wir haben schon viel erreicht, aber wir müssen das Tempo nochmals steigern und mehr sektorübergreifend innovative Systemkonzepte im Rahmen eines ganzheitlich veganen Klimawandels umsetzen. Dass wir Erdgas heute auch als strategisches Element der Außenpolitik einsetzen können, hätte von wenigen Jahren noch niemand für möglich gehalten. Auch heute würden aber noch viele der Ewiggestrigen die Chancen nicht sehen und stattdessen glauben, dass wir uns in eine katastrophale Abhängigkeit von russischen Energielieferungen manövriert hätten.

Die Korruption der Wissenschaft

durch Geld und Marxismus

geschrieben von Chris Frey | 25. Februar 2022

[Norman Rogers](#)

Anmerkung: Alle Hervorhebungen in diesem Beitrag vom Übersetzer

Es gibt viele dubiose Methoden, um Geld zu verdienen. Es gibt Betrügereien wie Ponzi-Schemata oder Pump-and-Dump-Aktienprogramme. Eine subtilere Methode besteht darin, naive Studenten davon zu überzeugen, hohe Kredite aufzunehmen, um überhöhte Studiengebühren zu zahlen, damit die Hochschulen den Steuerzahler melken können. Die Folgen des Betrugs mit Studentenkrediten sind weitreichend, z. B. die Verzögerung von Familiengründung und Kinderkriegen.

Ein weiteres akademisches Schema besteht darin, auf der Grundlage „wissenschaftlicher“ Forschung eine zukünftige Katastrophe zu postulieren. In der Folge fließen enorme Summen an Steuergeldern in genau die akademische Fachrichtung, die hinter dem Betrug steht. Schließlich wird mehr Forschung benötigt, um die drohende Katastrophe zu untersuchen. **Anstatt die ohnehin nur eingebildete Katastrophe zu verhindern, werden reale Katastrophen geschaffen.** Eine Folge des [Katastrophenplans](#) für die globale Erwärmung ist zum Beispiel die Ausgabe von Milliarden für nicht beeinflussbare und unbezahlbare Wind- und [Solarenergie](#).

Der Feind der Wahrheit sind Bürokratie und Zentralisierung. Präsident Eisenhower wies in seiner [Abschiedsrede](#) auf eine große Gefahr für Transparenz und Wahrheit in der Wissenschaft hin, nämlich die Finanzierung der wissenschaftlichen Forschung durch die [US-]Bundesregierung. Ich erinnere mich, dass ich an einer wissenschaftlichen Konferenz teilnahm, auf der einer der Teilnehmer, der früher bei der *National Science Foundation* arbeitete, diese Bürokratie als voller Vetternwirtschaft und Politik heftig kritisierte. Niemand widersprach ihm. Man konnte eine Stecknadel fallen hören. Keiner der anderen Wissenschaftler wagte etwas zu sagen, geschweige denn die *National Science Foundation* zu kritisieren. Die Zentralisierung von Autorität und Finanzierung ist der tödliche Feind der Rede- und Gedankenfreiheit.

Die zunehmende Zentralisierung der medizinischen Industrie hat dazu geführt, dass bestimmte Medikamente für die Behandlung von COVID auf die schwarze Liste gesetzt wurden. Die Medikamente [Ivermectin](#), Hydroxychloroquin und bestimmte andere Medikamente sind weithin als wirksame Therapeutika zur Vorbeugung und Behandlung von COVID anerkannt. Diese Medikamente wurden in vielen Ländern mit großem Erfolg eingesetzt. Es kann behauptet werden, dass Hunderttausende von Amerikanern aufgrund der schwarzen Liste unnötigerweise gestorben sind.

Immer mehr Ärzte sind bei großen Organisationen angestellt, die effektiv von der Bundesbürokratie kontrolliert werden. Sie riskieren ihre Entlassung oder den Entzug ihrer Approbation, wenn sie versuchen, das Leben von Patienten zu retten, indem sie die auf der schwarzen Liste stehenden Medikamente verschreiben. Die Bundesbürokratie ist bestrebt, ihre Befugnisse und ihr Budget zu erweitern und die politischen Interessen der Regierung zu fördern. **Diese Interessen haben Vorrang vor der Rettung von Menschenleben. Die Wissenschaft wird der Politik untergeordnet.**

H.L. Mencken übertreibt die aktuelle Situation kaum, wenn er schreibt:

„Der gefährlichste Mensch für jede Regierung ist derjenige, der in der Lage ist, die Dinge selbst zu durchdenken, ohne Rücksicht auf den vorherrschenden Aberglauben und die Tabus. Fast zwangsläufig kommt er zu dem Schluss, dass die Regierung, unter der er lebt, unehrlich, wahnsinnig und unerträglich ist...“

Es ist ein bewährter Grundsatz der Justiz, dass selbst der Anschein von Unredlichkeit inakzeptabel ist. **In der staatlich finanzierten Wissenschaft ist die Unredlichkeit real, nicht nur ein Anschein.** Verschiedene Maßnahmen verhindern, dass die Öffentlichkeit erfährt, was vor sich geht. So wird zum Beispiel das *National Center for Atmospheric Research* (NCAR) in Boulder, Colorado, eine Brutstätte für die Förderung der globalen Erwärmung, von der Bundesregierung finanziert, aber vertraglich von der *University Corporation for Atmospheric Research* (UCAR) verwaltet, einer Ansammlung namhafter Universitäten, die diese Einrichtung offensichtlich zu ihrem eigenen Vorteil betreiben. Folglich gelten die Gesetze, die der Öffentlichkeit das Recht geben, zu erfahren, was dort vor sich geht (Informationsfreiheit), nicht.

Einzelne Wissenschaftler sind oft wohlmeinend und ehrlich. Aber sie sind in einem System gefangen, in dem Konformität erzwungen wird. Das System ist nicht so repressiv wie z. B. das kommunistische China. Schließlich sind wir hier in Amerika. Es gibt eine kleine Anzahl offener Abweichler von der globalen Erwärmung, denen es gelingt, ihren Arbeitsplatz zu behalten. Diejenigen, die als Andersdenkende überleben, müssen politisch begabt sein. Sie müssen einen unanfechtbaren Leistungsnachweis erbringen, und es ist hilfreich, wenn sie unabhängig und wohlhabend sind. Viele Andersdenkende sind im Ruhestand und daher weniger anfällig für Einschüchterungen. Die Streichung von Renten, um Menschen zum Schweigen zu bringen, hat sich noch nicht durchgesetzt. **Ohne die Unterdrückung Andersdenkender hätte sich die globale Erwärmung nie durchsetzen können.**

Wenn ein Klimawissenschaftler vor einer Klasse verkünden würde, dass die globale Erwärmung ein Betrug ist, würde er wahrscheinlich angeprangert und untersucht werden. Vielleicht würden ihn linke Schüler mit Eiern bewerfen oder ihm Eimer mit Wasser über den Kopf kippen. Er könnte als Rassist angeprangert werden. So sieht es mit der akademischen Freiheit

an unseren vom Steuerzahler finanzierten Universitäten aus.

Das Paradoxe daran ist, dass unsere wissenschaftlichen Einrichtungen sowohl Senkgruben der Korruption als auch nationale Werte sind. Die Lösung besteht nicht darin, sie zu schließen und das Heer der Gleichstellungsbeauftragten und Verwaltungsangestellten zu zwingen, sich richtige Jobs zu suchen, so verlockend diese Idee auch sein mag. Eine Reform ist notwendig, und ich habe einige Vorschläge.

Die Hochschulen sind zu aufgeblähten Bürokratien geworden, die nur noch um ihrer selbst willen existieren. Die meisten Studenten vergeuden ihre Zeit. Die offensichtliche Lösung ist ein massiver Stellenabbau. Die Verkleinerung sollte in den Amerika-hassenden Teilen des Vorlesungsverzeichnisses beginnen. Dies lässt sich leicht erreichen, indem man die staatliche Unterstützung kürzt und staatliche Unterstützung für Alternativen zur Hochschulausbildung bereitstellt.

Universitäten, die mit Steuergeldern systematischen Rassismus praktizieren, sei es durch Rassenpräferenzen, die Judenquote oder den Ausschluss von Asiaten von einer fairen Behandlung, von Harvard an abwärts, sollten streng zur Rechenschaft gezogen werden. Die Verwalter, die Rassismus ermöglichen, sollten sich nicht hinter dem Schutzschild der von der Universität finanzierten Anwälte verstecken können. Mit anderen Worten, wir müssen das Rassismus-Mem gegen die akademischen Rassisten wenden. Die Verwendung von Bundesmitteln, direkt oder indirekt, zur Förderung von Rassismus sollte ein individuelles Verbrechen sein, nicht ein Unternehmensverbrechen. Das neue Gesetz könnte den Namen *Martin Luther King Prevention of Racism Act* tragen.

Loyalitätseide sollten für die Empfänger von Bundesgeldern wieder eingeführt werden. Was ist falsch daran, einen Eid auf die Verfassung der Vereinigten Staaten zu schwören? Bundesbedienstete und Soldaten müssen einen Treueeid auf die Verfassung ablegen. Warum müssen Akademiker, die direkt oder indirekt von der Bundesregierung bezahlt werden, nicht dasselbe tun? Ist Amerika verpflichtet, seine eigene Zerstörung zu finanzieren?

Kein Abschluss oder Diplom sollte von staatlich unterstützten Schulen verliehen werden, wenn der Student nicht eine positive Ausbildung in amerikanischen Institutionen und der Geschichte erhalten hat. Als ich vor Jahren an der Universität von Kalifornien studierte, war dies eine Voraussetzung, die inzwischen abgeschafft wurde.

Wissenschaftliche Forschungsgelder könnten von staatlichen Ausschüssen vergeben werden, denen keine Wissenschaftler angehören, die von Bundesforschungsgeldern leben. Ja, das könnte wie das derzeitige System zu politischer Bevorzugung führen, aber zumindest würden die intellektuelle Vielfalt und die Freiheit des Denkens gefördert werden.

Es ist lächerlich zu glauben, dass diese Vorschläge einen Verstoß gegen die akademische Freiheit darstellen. Die akademische Freiheit wurde vor

Jahren durch die Forderung ersetzt, dass sich die Fakultät anti-amerikanischen Ideologien anschließen muss. Keiner dieser Vorschläge hindert antiamerikanische Intellektuelle daran, amerikafeindliche Universitäten zu gründen. Sie müssen es nur ohne Ströme von Bundes- und Staatsgeldern tun, einschließlich Studiendarlehen und Steuerbefreiungen.

Ich schlage keine amerikanische Version der chinesischen Kulturrevolution vor, sondern einfache Reformen, die darauf abzielen, die besseren Teile des Status quo wiederherzustellen, der vor 50 oder 100 Jahren bestand, bevor der Neomarxismus zur vorherrschenden Ideologie in akademischen Einrichtungen wurde.

Norman Rogers is the author of the book: Dumb Energy.

This article was originally published by [The American Thinker](#) and is republished with the permission of its author.

Link:

<https://heartlanddailynews.com/2022/02/the-corruption-of-science-by-money-and-marxism/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Steigender Verbrauch von Kohle: den USA fällt es schwer, sich vom Kohlenstoff zu lösen

geschrieben von Chris Frey | 25. Februar 2022

[Robert Bryce](#)

So viel zu den unzähligen Behauptungen über den „Ausstieg aus der Kohle“. Einem neuen [Bericht](#) der Rhodium Group zufolge ist der Kohleverbrauch in den USA im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2020 um 17 Prozent gestiegen. Das ist ein enormer Anstieg, der laut Rhodium „größtenteils auf den Anstieg der Erdgaspreise“ zurückzuführen ist. Anstatt Gas zu verbrennen, das im vergangenen Jahr durchschnittlich 4,93 Dollar pro Million Btu kostete – mehr als das Doppelte des Preises im Jahr 2020 – entschieden sich viele Stromerzeuger dafür, stattdessen Kohle zu verbrennen.

Der Anstieg des heimischen Kohleverbrauchs ist aus zwei Gründen von Bedeutung. Erstens beweist er erneut, dass Kohle für die Stromerzeuger sowohl hier in den USA als auch weltweit ein wichtiger Brennstoff bleibt. Zweitens zeigt es, dass das Versprechen der Biden-Regierung, das

Stromnetz bis 2035 zu [dekarbonisieren](#), kaum mehr als Wunschdenken ist.

Hassen Sie Kohle, wenn es Sie glücklich macht, aber die Realität ist, dass die Stromerzeuger auf sie angewiesen sind, seit Thomas Edison sie 1882 als Brennstoff für das erste zentrale Kraftwerk der Welt in Lower Manhattan verwendete. Der sprunghafte Anstieg des Inlandsverbrauchs ist in der Tat Teil eines weltweiten Nachfrageschubs nach Kohle, die immer noch etwa [36%](#) der weltweiten Stromerzeugung ausmacht. Letzten Monat [meldete](#) die Internationale Energieagentur IEA, dass die „weltweite Kohleverstromung bis 2021 um 9 Prozent auf 10.350 Terawattstunden (TWh) ansteigen wird – ein neuer Höchststand“. Die Agentur meldete auch, dass „die Kohlenachfrage in den nächsten zwei Jahren ein neues Allzeithoch erreichen könnte“.

Der Anstieg des Kohleverbrauchs ist ein weiterer Beweis für das, was ich das „Eherne Gesetz der Elektrizität“ nenne, welches besagt, dass „Menschen, Unternehmen und Länder alles tun werden, was sie tun müssen, um den Strom zu bekommen, den sie brauchen.“ Dieses Gesetz wurde im November auf dem [COP26-Gipfel](#) in Glasgow deutlich, als Indien, China und andere Entwicklungsländer eine Vereinbarung ablehnten, die einen „Ausstieg“ aus der Kohleverstromung vorsah. Stattdessen wurde in der endgültigen [Vereinbarung](#) von Glasgow nur gefordert, dass die Länder ihre Nutzung des Kohlenstoff-intensiven Brennstoffs schrittweise reduzieren sollten.

Während die asiatischen Länder den größten Anteil am weltweiten Kohleverbrauch haben – China allein [verbraucht](#) mehr als die Hälfte der Kohle weltweit – gilt das Eherne Gesetz der Elektrizität auch für Europa und Japan. Im dritten Quartal 2021 stieg der Anteil der Kohle am deutschen Strommix um [5,5 Prozent](#) gegenüber dem gleichen Zeitraum 2020. Dieser Anstieg ist zum Teil auf die geringere Produktion des Windenergiesektors in Deutschland zurückzuführen. Frankreich, das normalerweise etwa 70 Prozent seines Stroms aus Kernkraftwerken bezieht, [erwägt](#) ebenfalls, mehr Kohle zu verbrennen, um einen Teil des Stroms zu ersetzen, den es aus mehreren Reaktoren bezieht, die wegen Reparaturen abgeschaltet wurden. In der Zwischenzeit [plant](#) Japan den Bau von etwa 21 Kohlekraftwerken mit einer Gesamtkapazität von mehr als 12.000 Megawatt in den nächsten zehn Jahren.

Letzte Woche sagte mir der in St. Louis ansässige Berater der Kohleindustrie John Hanekamp in einem Telefoninterview, dass das weltweite Angebot nicht mit der Nachfrage Schritt halten kann. Ihm zufolge konkurrieren die einheimischen Stromerzeuger mit den europäischen Versorgungsunternehmen um Kohle, haben diese doch Schwierigkeiten, genügend Kohlenwasserstoffe zu finden, um die Lichter am Laufen zu halten. „Es herrscht ein Bieterkrieg, weil nicht genug Kohle für alle da ist“, sagte er.

Im März versprach die Regierung Biden, bis zum Jahr 2035 „100 Prozent kohlenstofffreie Elektrizität“ zu erreichen. Aber die Rhetorik

entspricht einfach nicht der Realität unseres Stromnetzes. Nach [Angaben](#) von BP belief sich die inländische Stromerzeugung aus Kohle im Jahr 2020 auf insgesamt 844 Terawattstunden und war damit fast doppelt so hoch wie die 475 Terawattstunden, die von allen Solar- und Windkraftprojekten des Landes erzeugt wurden. Die Gaserzeugung belief sich auf insgesamt 1738 Terawattstunden und war damit mehr als dreimal so hoch wie die Summe aller Solar- und Windkraftanlagen.

Die harte Realität ist, dass die Dekarbonisierung des globalen Stromnetzes die Suche nach wirtschaftlich tragfähigen – und gesellschaftlich akzeptablen – Ersatzstoffen für Kohle und Erdgas erfordert. Sicher, erneuerbare Energien sind politisch populär und sie wachsen. Aber sowohl Wind- als auch Solarenergie haben aufgrund von Landnutzungskonflikten mit zunehmendem Gegenwind zu kämpfen. Seit 2015 haben mehr als 300 Gemeinden von Maine bis Hawaii Windprojekte [abgelehnt](#) oder eingeschränkt. Auch die Bewegung gegen Big Solar gewinnt an Fahrt. Im Laufe des Sommers wurden Big-Solar-Projekte in Pennsylvania, Nevada und Montana abgelehnt. Die jüngsten Ablehnungen: Im November lehnten die Aufsichtsbehörden in Henry County, Virginia, zwei große geplante Solarprojekte ab.

Apropos Solarenergie: Dieser „saubere“ Energiesektor hat ein peinliches Problem mit der Lieferkette. Fast die Hälfte des weltweit produzierten Polysiliziums, des wichtigsten Bestandteils von Solarzellen, stammt aus der Provinz Xinjiang, wo die chinesische Regierung ein Programm systematischer Unterdrückung und Zwangsarbeit betreibt. Letztes Jahr erklärte das US-Außenministerium, dass China „[Völkermord](#) und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ an den überwiegend muslimischen Uiguren in Xinjiang verübt, darunter auch [Zwangsarbeit](#) zur Herstellung von Polysilizium für Solarzellen.

Kurzum, für Politiker und Klimaaktivisten ist es einfach, Kohlenwasserstoffe zu verunglimpfen, erneuerbare Energien hochzujubeln und vom Kohleausstieg zu reden. Aber wie der Bericht der Rhodium-Gruppe deutlich macht, spielen wirtschaftliche Aspekte eine Rolle. Die USA und andere Länder werden nicht plötzlich aus der Kohle- (oder Erdgas-) Stromerzeugung aussteigen, weil dies zu teuer wäre.

Ich schließe mit dem gleichen Argument, das ich seit mehr als einem Jahrzehnt vorbringe: Wenn es den politischen Entscheidungsträgern mit der Dekarbonisierung des Stromnetzes ernst ist, müssen sie sich ernsthaft mit der Kernenergie befassen. Und sie müssen es jetzt tun.

This piece originally [appeared](#) at TheHill.com and has been republished here with permission.

Link:

<https://cornwallalliance.org/2022/02/as-coal-use-surges-america-finds-it-s-hard-to-unplug-from-carbon/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Rückblick – Dematerialisierung statt Dekarbonisierung

geschrieben von Admin | 25. Februar 2022

Edgar L. Gärtner

Vor kurzem erregte dieser von Tichy übernommener Beitrag von Frank Hennig über den Materialaufwand für Windkraftanlagen meine Aufmerksamkeit. Denn er erinnerte mich an die Zeit vor mehr als 20 Jahren, in der die Debatte über ökologieverträglichere Formen des Wirtschaftens noch nicht auf das Spurengas CO₂ verengt worden war.

Frank Henning vergleicht im zitierten Beitrag den Materialaufwand einer Windkraftanlage (WKA) vom Typ Enercon E-82 mit 3,2 Megawatt Nennleistung (130 Meter Nabenhöhe) mit dem Gewicht von Diesel-Aggregaten vergleichbarer Leistung. Eine solche WKA liefert bei geschätzten 2.000 Vollaststunden einen zufallsabhängigen Jahresertrag von 6,4 Gigawattstunden (GWh). Diese Leistung erfordert einen Materialaufwand von insgesamt 2.150 Tonnen. Zwei MAN V10-Dieselmotoren mit je 18 Litern Hubraum, 500 Kilowatt Dauerleistung und 8.000 Betriebsstunden würden im gleichen Zeitraum bedarfsgerecht regelbar etwa 8 GWh erzeugen, aber nur drei Tonnen auf die Waage bringen. Das Missverhältnis erschiene noch extremer, würde zusätzlich berücksichtigt, welche Massen insgesamt bewegt werden müssen, um die Konstruktionsmaterialien herzustellen. Denn dann fielen die riesigen Abbaumengen mit toxischen Bestandteilen ins Gewicht, die bei der Gewinnung seltener Erden wie vor allem von Neodym für die Permanent-Magneten der WKA-Dynamos anfallen.

Das erinnert mich an das MIPS-Konzept, das gegen Ende der 1990er Jahre die Runde machte. MIPS bedeutet Material-Input pro Serviceeinheit. Das ist ein Indikator für die Umweltbelastung beliebiger menschlicher Tätigkeiten, der von Prof. Friedrich Schmidt-Bleek als Vizepräsident und Direktor der Abteilung Stoffströme und Strukturwandel des Wuppertal Instituts unter der Präsidentschaft Ernst Ulrich von Weizsäckers entwickelt wurde. Der Physiko-Chemiker Schmidt-Bleek hatte sich zuvor am deutschen Umweltbundesamt und bei der OECD in Paris als Erfinder der modernen Chemikaliengesetzgebung einen Namen gemacht. Seinen Spitznamen „Bio“ bekam der 1932 in Bandung auf Java/Indonesien geborene Friedrich Schmidt-Bleek, weil seine Schwester und seine indonesischen Spielkameraden seinen deutschen Vornamen nicht richtig auszusprechen vermochten. Bio, der auch künstlerisch begabt war, hatte sich bis ins hohe Alter eine kindliche Kreativität und Begeisterungsfähigkeit

bewahrt. Als er im Juni 2019 im Alter von 86 Jahren in Berlin starb, gab es allerdings nur wenige würdigende Nachrufe.

Dabei war Schmidt-Bleeks erstmals 1994 erschienenes Buch „Wieviel Umwelt braucht der Mensch? MIPS. Das Maß für ökologisches Wirtschaften“ in der Öko-Szene einhellig als genial begrüßt worden, weil es ermöglichte, verschiedenste Umweltbelastungen mit einem einzigen Indikator zu bewerten. Dabei sollen einfach sämtliche Materialien (einschließlich Abfall), die für die Herstellung eines Gegenstandes bewegt werden müssen, aufaddiert werden. Diese Stoffmenge ist der „ökologische Rucksack“. Dieser ist zum Beispiel bei einem Goldring so schwer wie ein Kleinbus, da für die Gewinnung des seltenen Edelmetalls riesige Materialmengen bewegt werden müssen. Wird z.B. ein Pkw mit einem Edelmetall-Katalysator ausgerüstet, verdoppelt sich das Gewicht seines ökologischen Rucksacks. Dieser bezieht sich allerdings nicht auf die Ruhemasse eines Produkts, sondern auf das Gewicht der mit diesem im Laufe seines Lebenszyklus erzielten Dienstleistungseinheiten. Bezugspunkt bei einem Windrad wäre also die im Laufe dessen 20-jähriger Abschreibungsfrist erzielbare elektrische Arbeitsleistung im Vergleich zu konkurrierenden Techniken der Elektrizitätserzeugung.

Die Fokussierung auf die erzielbare Dienstleistung statt auf die Ruhemasse von Produkten sollte es nach Schmidt-Bleek in nur einer Generation erlauben, unseren erreichten materiellen Wohlstand mit nur einem Zehntel des Rohstoff-Aufwandes zu erzeugen. Er prägte das Schlagwort „Dematerialisierung“ (das nichts mit der von Papst Benedikt XVI. geforderten „Entweltlichung“ zu tun hat). Um über die Wege, dorthin zu gelangen, zu diskutieren, gründete Schmidt-Bleek schon im Jahre 1994, d.h. noch bevor er 1997 in der Provence seinen Ruhestand antrat, im Flecken Carnoules nordöstlich von Toulon den „Factor 10 Club“, zu dem auch ich eingeladen wurde. Bio Schmidt-Bleek, selbst alles andere als ein asketischer Eiferer, sondern Bonvivant, versammelte in seiner nach und nach zur Villa mit Pool ausgebauten Hütte jedes Jahr im Spätsommer eine illustre Schar von „Ökos“ zu einem mehrtägigen Seminar mit gutem Essen und viel Rosé- und Rotwein. Dazu gehörten neben Wissenschaftlern und Politikern auch Industrielle wie Claude Fussler, damals Vizepräsident von Dow Chemicals Europe, oder der deutsche „Textilkönig“ Klaus Steilmann. (Ich selbst arbeitete damals u.a. für den deutschen Chemieverband VCI.)

Im Spätsommer 2001, während des letzten Faktor-10-Seminars, dem ich beiwohnte, kam die Nachricht, dass Schmidt-Bleek zusammen mit seinem früheren Chef (und Rivalen) Ernst Ulrich von Weizsäcker für das Konzept der Dematerialisierung den mit umgerechnet etwa einer Million Euro dotierten japanischen Takeda Award zugesprochen worden war. Die beiden gaben ein unwürdiges Schauspiel, als sie sich vor den versammelten Seminarteilnehmern darüber stritten, wem der größere Teil dieser „Beute“ zustehen sollte. Ich bekam den etwas makabren Auftrag, einen Artikel mit einem Foto der sich friedlich in den Armen liegenden Preisträger in den „VDI-Nachrichten“ (Düsseldorf) zu platzieren. Da Digital-Kameras damals

noch keine ausreichend scharfen Bilder machten, arbeitete ich mit einer analogen Spiegelreflex-Kamera mit Dia-Film und stand vor dem Problem, das geschossene Foto unverzüglich einscannen und per E-Mail nach Düsseldorf schicken zu müssen. Meinen Scanner hatte ich leider nicht dabei. Am nächsten Tag erfuhr ich, dass ein Fotogeschäft in einem Nachbarort Dias auf Disketten ziehen könne. Auf dem Weg dorthin hörte ich im Autoradio erste Meldungen über Flugzeugeinschläge ins New Yorker World Trade Center. Als ich im Nachbarort ankam, waren auf den Bildschirmen bereits die brennenden Twin Towers zu sehen. Mit dieser Form der „Dematerialisierung“ hatte bis dahin kaum jemand gerechnet.

Für mich begann damals ein neuer Lebensabschnitt, denn ich ging auf Distanz zur Öko-Schickeria, deren Scheinheiligkeit ich nicht mehr ertragen wollte. Neben dem Schrecken der einstürzenden Twin Towers gab dafür die Art, wie Wortführer des „Factor-10-Club“ wie vor allem der Niederländer Prof. Wouter van Dieren sowie Ernst Ulrich von Weizsäcker (beide auch Mitglied des „Club of Rome“) mit dem damals gerade erschienen ersten Bestseller des dänischen Ex-Greenpeace-Manns Bjørn Lomborg unter dem Titel *„The Skeptical Environmentalist“* (deutsch: *„Apocalypse No!“*) umgingen. Beide setzten alles daran, die „Ökos“ vom Lesen dieser seriösen statistischen Bestandsaufnahme des ökologischen Zustandes unseres Planeten abzuhalten, indem sie Lomborg als korrumpierten Rosinenpicker hinstellten.

Dabei hatte Schmidt-Bleek in seinem oben zitierten grundlegenden Buch von 1994 eindringlich auf folgendes hingewiesen: *„Ergebnisse, an denen kein Zweifel mehr erlaubt ist, darf es in der Wissenschaft nicht geben, wenn Wissenschaft nicht zur Ideologie mutieren soll: und nichts wäre schlimmer, als wenn es keinen Forscher mehr gäbe, der den Kollegen seines Faches öffentlich widerspräche – auch und gerade in politisch so aufsehererregenden Gebieten wie der Umwelt- und Klimaforschung.“* Zwar hat auch Schmidt-Bleeks MIPS-Konzept m. E. totalitäres Potenzial. Doch zeigte es sich bald, dass es quer zum grünen Mainstream lag. Dort galten die „Treibhausgase“ Kohlenstoffdioxid und Methan zunehmend als alleiniger Maßstab der Umweltbelastung. „Bio“ hingegen konnte nicht akzeptieren, dass man die Landschaft mit Zigtausenden von Ungetümen aus Beton und Stahl verunstaltet, deren Materialbedarf sich auf Zig Millionen Tonnen summiert, nur um einige Tonnen des (zu Unrecht verteufelten) CO₂ einzusparen.

Im Jahre 2014 veröffentlichte Bio unter dem Titel *„Grüne Lügen“* eine umfassende Abrechnung mit grün gefärbter Geschäftemacherei. Darin finden sich Sätze wie diese: *„Die Energiewende trägt nicht zur Entschärfung von Umweltproblemen bei, weil sie anstelle von Ursachen nur Symptome bekämpft. Sie trägt nicht einmal maßgeblich zur Verlangsamung des Klimawandels bei! Und zwar deshalb, weil sie sich nahezu ausschließlich auf technische Energie konzentriert, und hier auf den Ausstoß von CO₂. Die Ursachen für den Klimawandel liegen jedoch nicht allein in der Verwendung technischer Energie und der damit verbundenen Emission von CO₂, sondern auch und in allererster Linie im Verbrauch natürlichen*

Materials.“ Und weiter: „Wenn aber der Verbrauch von Ressourcen ebenso zum Klimawandel beiträgt wie die CO2-Emissionen, wenn er zudem andere, schwerwiegende Umweltprobleme erzeugt, so bedeutet dies, dass 19 die Energiewende diese Probleme nicht löst, sondern sogar noch verschärft. Denn viele als grün gepriesene Technologien erfordern einen extrem hohen Materialeinsatz.“ Danach wurde es still um Bio und seine Ideen. Denn die politisch korrekte deutsche Öko-Szene konnte ihm das nicht verzeihen. Eine unheilbare Krebserkrankung zwang ihn schließlich, die provenzalische Idylle zu verlassen und Zuflucht bei einem seiner Söhne, einem bekannten Internisten, in Berlin zu suchen. Dort starb er im Juni 2019 im Alter von immerhin 86 Jahren.